

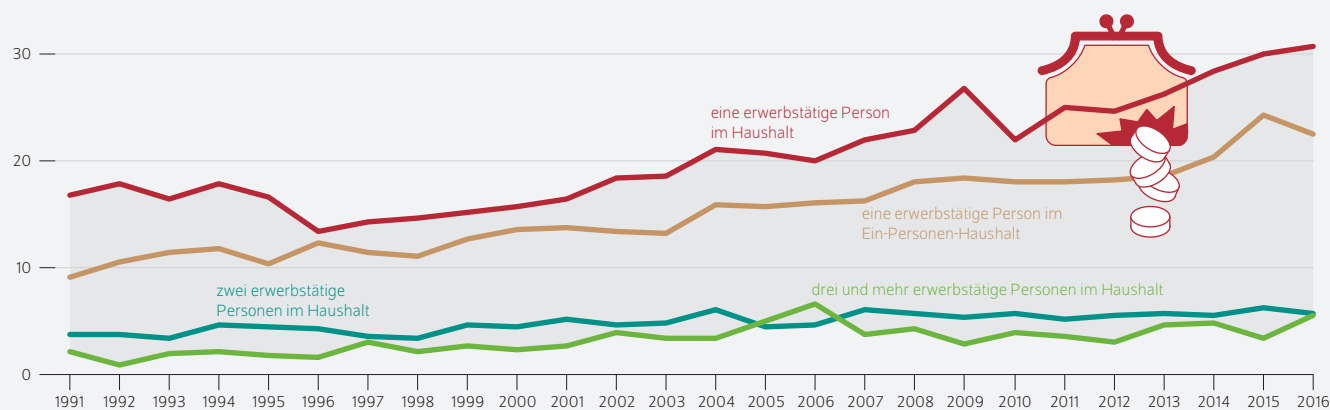
Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen

Von Markus M. Grabka, Jan Goebel und Stefan Liebig

- Die meisten Einkommensgruppen profitieren von einem Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen 1991 und 2016
- Die Zufriedenheit mit dem eigenen Haushaltseinkommen weist im Jahr 2017 im Vergleich zu 2007 und 1997 einen Höchststand auf
- Trotzdem wird in den unteren 60 Prozent der Haushalte der individuelle Nettoverdienst als zu niedrig empfunden
- Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen ist seit der Finanzkrise signifikant gestiegen
- Erwerbstätigkeit allein schützt nicht mehr vor Einkommensarmut, dies gilt insbesondere für Haushalte mit nur einem Erwerbstätigen

Erwerbstätigkeit schützt nicht mehr automatisch vor Armut

Armutrisikoquote¹, Anteil in Prozent



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen.

Anmerkungen: Population: Personen in Haushalten mit Personen im erwerbsfähigen Alter, 20 bis unter 65 Jahre, bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

ZITAT

„Es gibt in Deutschland immer mehr Personen mit Niedrigeinkommen,
aber gleichzeitig fehlt es zunehmend an bezahlbarem Wohnraum.
Die Politik ist gefordert, dieser Diskrepanz durch zum Beispiel mehr Sozialbauten zu begegnen.“

— Markus M. Grabka —

Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen

Von Markus M. Grabka, Jan Goebel und Stefan Liebig

ABSTRACT

Von 1991 bis 2016 sind die verfügbaren bedarfsgewichteten Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland real im Durchschnitt um 18 Prozent gestiegen. Dieser Zuwachs fällt aber je nach Einkommensposition unterschiedlich aus. Im Ergebnis ist die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen seit der Finanzmarktkrise gestiegen. Das zeigt die vorliegende Studie auf Basis von Daten der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). Die Armutsrisikoquote verbleibt im Jahr 2016 weiterhin bei einem Wert von 16,6 Prozent im Vergleich zu rund elf Prozent Mitte der 1990er Jahre. Erwerbstätigkeit allein ist nicht mehr ausreichend, um vor Einkommensarmut zu schützen. Denn geht in einem Haushalt nur eine Person einer Beschäftigung nach, so hat sich seit 1991 das Armutsrisiko für diesen Haushaltstyp verdoppelt. Insbesondere in städtischen Regionen hat die Zahl der Niedrigeinkommensbezieher stark zugenommen. Will man dem entgegensteuern, so bedarf es unter anderem höherer Lohnabschlüsse oder eines Zurückdrängens von Minijobs. Daneben fehlt es zunehmend an bezahlbarem Wohnraum, so dass auch der Bau von preiswertem Wohnraum in den Fokus der Politik rücken sollte.

Die vorliegende Studie aktualisiert bisherige Untersuchungen des DIW Berlin zur personellen Einkommensungleichheit und zum Niedrigeinkommen beziehungsweise zum relativen Einkommensarmutsrisiko in Deutschland von 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, bis einschließlich 2016, dem Jahr mit den aktuellsten verfügbaren Einkommensdaten (Kasten).¹ Empirische Grundlage sind die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit *Kantar Public* erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).² Da es sich beim SOEP um eine seit mehr als 35 Jahren laufende Wiederholungsbefragung handelt, kann die Entwicklung der Einkommen über die Zeit analysiert werden.³

Verfügbare Haushaltseinkommen steigen seit 2013 wieder deutlich an

Die durchschnittlichen bedarfsgewichteten⁴ und inflationsbereinigten verfügbaren Haushaltseinkommen⁵ aller in privaten Haushalten lebenden Personen sind zwischen 1991 und 2016 insgesamt um 18 Prozent gewachsen (Abbildung 1). Dieser Zuwachs fiel in den Jahren seit 2013 überdurchschnittlich aus. Dies ist vorrangig auf den kräftigen Beschäftigungsaufbau mit zuletzt mehr als 44 Millionen Erwerbstätigen zurückzuführen.⁶ Gleichzeitig sind auch die Löhne

¹ Vgl. zuletzt: Markus M. Grabka und Jan Goebel (2018): Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen. DIW Wochenbericht Nr. 21/2018, 449–459 (online verfügbar, abgerufen am 12. April 2019). Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt.

² Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Jan Goebel et al. (2018): The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Journal of Economics and Statistics*, online first, DOI: <https://doi.org/10.1515/jbnst-2018-0022>. Dem Bericht zu Grunde liegt die Version 10.5684/soep.v34 der SOEP Daten.

³ Gemäß den Konventionen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland, online verfügbar) und den Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird in diesem Bericht jeweils das Einkommensjahr ausgewiesen. Die Jahreseinkommen werden im SOEP retrospektiv für das vorangegangene Kalenderjahr erhoben, aber mit der Bevölkerungsstruktur des Erhebungszeitpunkts gewichtet. Die hier präsentierten Daten für das Jahr 2016 sind also in der Befragungswelle 2017 erhoben worden.

⁴ Siehe Definition des Begriffs „Äquivalenzeinkommen“ im DIW Glossar (online verfügbar).

⁵ Die verfügbaren Haushaltseinkommen bestehen aus dem Markteinkommen aller Haushaltmitglieder zuzüglich öffentlicher Renten und staatlicher monetärer Transfers abzüglich von direkten Steuern und Sozialabgaben aber inklusive dem Mietwert selbst genutzten Wohneigentums.

⁶ Während zwischen 2008 und 2013 die Zahl der erwerbstätigen Inländer um etwa 1,5 Millionen zugenommen hatte, fiel der Zuwachs im Zeitraum 2013 bis 2018 mit rund 2,5 Millionen deutlich stärker aus, vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Eckzahlen zum Arbeitsmarkt, Deutschland (online verfügbar).

– die quantitativ wichtigste Einkommenskomponente der privaten Haushalte – seit 2014 durchgängig real gestiegen.⁷

Gemessen am Median⁸ fällt der Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen mit insgesamt 15 Prozent seit 1991 etwas schwächer aus. Seit 2013 ist der Zuwachs mit etwa acht Prozent aber leicht höher als beim arithmetischen Mittelwert (sechs Prozent). Hierzu dürften auch die jährlichen Rentenanpassungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) beigetragen haben, die insbesondere in Ostdeutschland seit 2013 jedes Jahr mehr als 2,5 Prozent ausmachten.⁹ Die Rentenanpassungen haben einen wichtigen Einfluss auf die Einkommensentwicklung der Gesamtbevölkerung, da aktuell knapp 24 Millionen Personen in Deutschland eine gesetzliche Altersrente beziehen.¹⁰

Reale Einkommenssteigerungen für die Mehrheit der Bevölkerung

Im Folgenden wird die Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen für diejenigen Gruppen der Bevölkerung beschrieben, die sich an verschiedenen Punkten der Einkommensverteilung befinden. Hierzu wird die Bevölkerung in Dezile¹¹ unterteilt und das durchschnittliche Einkommen jedes Dezils auf das Jahr 1991 indexiert (Abbildung 2).

Über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2016 zeigt sich seit der Jahrtausendwende eine sich öffnende Schere. Dabei sind die Einkommen im oberen Bereich der Verteilung am stärksten gewachsen.¹² Das verfügbare Realeinkommen der höchsten Einkommensgruppe, des zehnten Dezils, ist von 1991 bis 2016 um 35 Prozent gestiegen.¹³ Für das dritte bis neunte Dezil fallen die Zuwächse mit einem Plus von acht Prozent bis 19 Prozent geringer aus.

Im zweiten Dezil gab es zwar zwischenzeitlich Einkommenssteigerungen, an die sich aber eine längere Phase von Rückgängen anschloss. Im Ergebnis haben Personen aus dem zweiten Dezil 2016 nur geringfügig höhere Realeinkommen als 1991 (plus zwei Prozent).

⁷ Der Reallohnindex weist seit 2014 folgende jährliche Veränderungsraten auf: 1,8 Prozent (2014), 2,1 Prozent (2015) und 1,8 Prozent (2016), vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Reallohnindex im Jahr 2018 um 1,3 Prozent gestiegen. Pressemitteilung Nr. 111 vom 22. März 2019 (online verfügbar).

⁸ Der Median ist der Einkommenswert, der die reichere Hälfte der Bevölkerung von der ärmeren trennt. Vgl. Definition des Begriffs „Medianeinkommen“ im DIW Glossar (online verfügbar).

⁹ Die zwischenzeitlich höchsten Rentenanpassungen fanden im Jahr 2016 mit 4,25 Prozent in Westdeutschland und 5,95 Prozent in Ostdeutschland statt, vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund (2018): Rentenversicherung in Zeitreihen (online verfügbar).

¹⁰ Dies umfasst nicht nur Altersrentnerinnen und -rentner sondern z. B. auch Bezieher und Bezieherinnen von Witwen- und Waisenrenten.

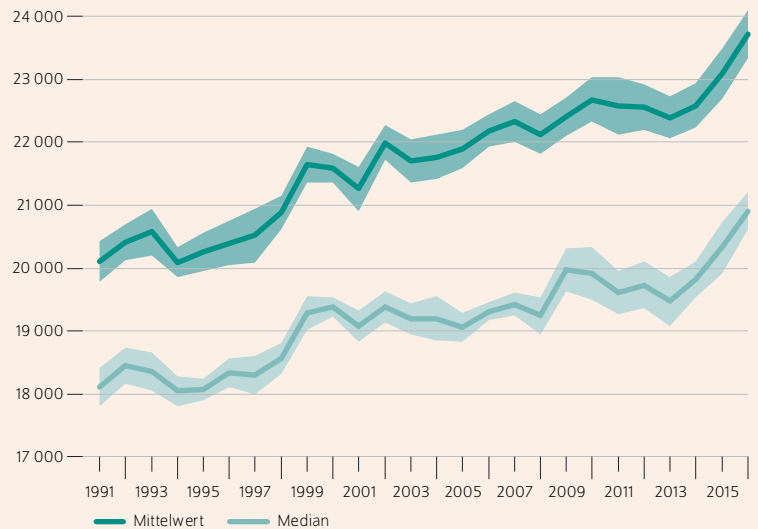
¹¹ Sortiert man die Bevölkerung nach der Höhe des Einkommens und teilt diese in zehn gleich große Gruppen auf, so erhält man Dezile. Das unterste (oberste) Dezil gibt die Einkommenssituation der ärmsten (reichsten) zehn Prozent der Bevölkerung an.

¹² Da Personen über die Zeit hinweg ihre Einkommensposition verändern können, wird hiermit ausdrücklich keine individuelle Einkommensmobilität gemessen, sondern die jeweilige Population in den unterschiedlichen Dezilen zu den verschiedenen Zeitpunkten als Ganzes miteinander verglichen.

¹³ In den SOEP-Befragungen sind die Top-Einkommensbezieher unterrepräsentiert, sodass die tatsächliche Entwicklung dieser Einkommen hier aller Wahrscheinlichkeit nach unterschätzt wird (vgl. Stefan Bach, Giacomo Corneo und Viktor Steiner (2009): From bottom to top: The entire income distribution in Germany, 1992–2003, Review of Income and Wealth 55, 303–330).

Abbildung 1

Reales verfügbares Haushaltseinkommen In Euro



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen von 2010. Population: Personen in Privathaushalten, bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Schattierte Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die verfügbaren Haushaltseinkommen sind im Durchschnitt um 18 Prozent seit 1991 gestiegen.

Die Entwicklung in der untersten Einkommensgruppe weicht von der Entwicklung in den anderen Dezilen ab. Im Zeitraum 1991 bis 1994 gingen die Realeinkommen zurück, vor allem wegen der Zuwanderung vorrangig von Aussiedlerinnen und Aussiedlern.¹⁴ Zwischen 1994 und 1999 stiegen die realen Einkommen des untersten Dezils deutlich an. Alle Einkommenssegmente profitierten von einer insgesamt positiven Konjunktur. Im Zeitraum 2000 bis 2005 gingen die Realeinkommen im ersten Dezil erneut zurück, einhergehend mit einem Zuwachs der Arbeitslosigkeit, die im Jahr 2005 einen Höchststand von fast zwölf Prozent erreichte. In den darauffolgenden Jahren bis 2009 stiegen die Einkommen im ersten Dezil vor dem Hintergrund starker BIP-Zuwächse von jährlich rund drei Prozent wieder an. Seit 2010 nehmen die realen Einkommen im ersten Dezil wieder ab, obwohl die Wirtschaft in einer guten Verfassung ist und die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen ist.

Eine Erklärung für die seit 2010 schwache Einkommensentwicklung am unteren Rand der Einkommensverteilung liefert die Zuwanderung. So ist die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer seit 2010 um die Hälfte (plus 3,3 Millionen) auf zehn Millionen im Jahr

¹⁴ Insbesondere fällt der deutliche Rückgang im Jahr 1994 auf. Das hat auch mit den zugrundeliegenden Daten zu tun: In den Jahren 1994/95 wurde im SOEP eine Zusatzstichprobe von Zuwandererinnen und Zuwanderern gezogen; diese sind ab diesem Zeitpunkt im SOEP repräsentiert. Für einen Überblick der verschiedenen Teilstichproben im SOEP vgl. Martin Kroh et al. (2019): SOEP-Core – Documentation of Sample Sizes and Panel Attrition (1984 until 2017). SOEP Survey Papers Nr. 606 (online verfügbar).

Kasten

Annahmen bei der Einkommensmessung

Den in diesem Bericht vorgelegten Auswertungen auf Basis der Haushalts-Längsschnitterhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) liegen Jahreseinkommen zugrunde. Dafür werden im Befragungsjahr (*t*) jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr (*t-1*) alle Einkommenskomponenten aufsummiert (Markteinkommen aus der Summe von Kapital- und Erwerbseinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten). Zusätzlich werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen sowie Sozialtransfers (Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt u. a.) berücksichtigt, und schließlich werden mithilfe einer Simulation¹ der Steuer- und Sozialabgaben Jahresnettoeinkommen errechnet. Da aufgrund der Komplexität des deutschen Steuerrechts nicht alle steuerlichen Sonderregelungen mit Hilfe dieses Modells simuliert werden können, ist von einer Unterschätzung der im SOEP gemessenen Einkommensungleichheit auszugehen.

Der internationalen Literatur folgend² werden dem Einkommen auch fiktive (Netto-)Einkommensbestandteile aus selbst genutztem Wohneigentum (*Imputed Rent*) zugerechnet. Zusätzlich werden im Folgenden – wie auch von der EU-Kommission für die EU-weite Einkommensverteilungsrechnung auf Basis von EU-SILC vorgeschrieben – auch nicht-monetäre Einkommensbestandteile aus verbilligt überlassenem Mietwohnraum berücksichtigt (sozialer Wohnungsbau, privat oder arbeitgeberseitig verbilligter Wohnraum, Haushalte ohne Mietzahlung).

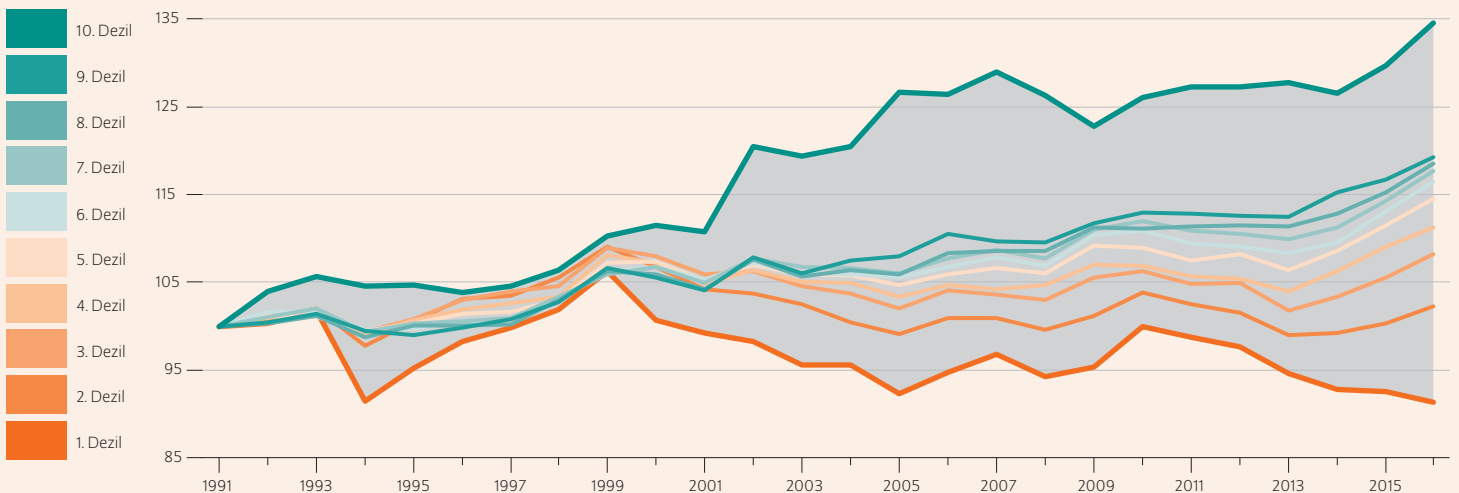
Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird – internationalen Standards entsprechend – durch die Umrechnung des gesamten Einkommens eines Haushalts in so genannte Äquivalenzeinkommen vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen und in Europa allgemein akzeptierten Skala umgerechnet, und jedem Haushaltsmitglied

¹ Vgl. Johannes Schwarze (1995): Simulating German income and social security tax payments using the GSOEP. Cross-national studies in aging. Programme project paper no. 19. Syracuse University, USA.

² Siehe hierzu: Joachim R. Frick, Jan Goebel und Markus M. Grabka (2007): Assessing the distributional impact of "imputed rent" and "non-cash employee income" in micro-data. In: European Communities (ed.): Comparative EU statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC conference (Helsinki, 6-8 November 2006), EUROSTAT, 116-142.

Abbildung 2

Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Dezilen 1991 = 100



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen von 2010; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzkala

Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

Die Schere zwischen den Einkommensgruppen ist seit 2010 wieder auseinander gegangen.

wird das so errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen, unter der Annahme, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von eins; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder bis zu 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.³ Unterstellt wird also eine Kostendegression in größeren Haushalten.

Eine besondere Herausforderung stellt in allen Bevölkerungsumfragen die sachgemäße Berücksichtigung fehlender Angaben einzelner Befragungspersonen wie dem Einkommen dar. In den hier analysierten Daten des SOEP werden fehlende Angaben im Rahmen aufwendiger, quer- und längsschnittbasierter Imputationsverfahren eingefügt.⁴ Dies betrifft auch fehlende Angaben bei vollständiger Verweigerung einzelner Haushaltsmitglieder in ansonsten befragungswilligen Haushalten. In diesen Fällen wird ein mehrstufiges statistisches Verfahren für sechs einzelne Bruttoeinkommenskomponenten (Erwerbseinkommen, Renten sowie

Transferleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Ausbildung/ Studium, Mutterschutz/Erziehungsgeld/Elterngeld und private Transfers) angewandt.⁵ Dabei werden mit jeder neuen Datenerhebung immer sämtliche fehlende Werte auch rückwirkend neu imputiert, da neue Informationen aus Befragungen genutzt werden können, um fehlende Angaben in den Vorjahren einzufügen. Dadurch kann es zu kleineren Veränderungen gegenüber früheren Auswertungen kommen.

Um methodisch begründete Effekte in der Zeitreihe der errechneten Indikatoren zu vermeiden, wurde die jeweils erste Erhebungswelle der einzelnen SOEP-Stichproben aus den Berechnungen ausgeschlossen. Untersuchungen zeigen, dass es in den ersten beiden Befragungswellen vermehrt zu Anpassungen im Befragungsverhalten kommt, die nicht auf die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft zurückzuführen sind.⁶

³ Siehe hierzu: Brigitte Buhmann et al. (1998). Equivalence Scales, Well-being, Inequality and Poverty. *Review of Income and Wealth* 34, 115-142.

⁴ Joachim R. Frick und Markus M. Grabka (2005): Item Non-response on Income Questions in Panel Surveys: Incidence, Imputation and the Impact on Inequality and Mobility. *Allgemeines Statistisches Archiv*, 89(1), 49-61.

⁵ Joachim R. Frick, Markus M. Grabka und Olaf Groh-Samberg (2012): Dealing with incomplete household panel data in inequality research. In: *Sociological Methods and Research*, 41(1), 89 – 123.

⁶ Joachim R. Frick et al. (2006): "Using Analysis of Gini (ANOGI) for Detecting Whether Two Subsamples Represent the Same Universe. The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) Experience", *Sociological Methods Research*, 34(4), 427-468, doi: 10.1177/0049124105283109.

2016 gestiegen.¹⁵ Es braucht Zeit, bis die meisten neu zugezogenen Migranten und Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen; in den ersten Monaten und Jahren nach ihrer Ankunft weisen sie hohe Nichterwerbsquoten auf und erzielen dementsprechend niedrige Einkommen.¹⁶

Einkommenszuwächse werden auch wahrgenommen

Die Einkommenszugewinne der Haushalte über nahezu alle Dezile hinweg sind nicht nur ein rein statistischer Befund auf der Grundlage des bloßen Vergleichs von Einkommensdaten. Die Verbesserung der finanziellen Situation wird in den Haushalten auch so wahrgenommen (Abbildung 3) und bestimmt damit die Lebenswirklichkeit der Einzelnen. Die im SOEP regelmäßig erhobene subjektive Zufriedenheit mit dem eigenen Haushaltseinkommen weist im Jahr 2017 im Vergleich zu 2007 und 1997 einen Höchststand auf. Zwar unterscheidet sich die Zufriedenheit über die einzelnen Dezile hinweg, das heißt, je höher das Haushaltseinkommen,

umso höher ist auch die Zufriedenheit, doch ist gerade in den unteren Einkommensdezilen, die objektiv weniger bis überhaupt keine Zugewinne verzeichnen können, ebenfalls ein Anstieg der Einkommenszufriedenheit zu verzeichnen.¹⁷

Diese positive Einschätzung der eigenen Haushaltssituation wird auch in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation sichtbar. Der Anteil derjenigen, die sich „große Sorgen“ um die eigene wirtschaftliche Entwicklung machen, verharrt 2017 mit rund 15 Prozent auf einem niedrigen Niveau (Abbildung 4). Zum Vergleich: Im Jahr 2006 berichteten 27,7 Prozent, sie würden sich „große Sorgen“ um die eigene wirtschaftliche Entwicklung machen.¹⁸

Etwas mehr als die Hälfte hält das eigene Nettoeinkommen für zu niedrig

Im SOEP werden erwerbstätige TeilnehmerInnen auch danach gefragt, wie sie ihr eigenes Nettoerwerbseinkommen bewerten. Das heißt, ob sie sich als ungerechterweise zu niedrig, gerecht oder ungerechterweise zu hoch entlohnt fühlen. Trotz der – historisch betrachtet – hohen Zufriedenheit

¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (2018): Ausländische Bevölkerung wächst im Jahr 2017 um 5,8 Prozent. Pressemitteilung Nr. 133 vom 12. April 2018 (online verfügbar). Mit dem hier ausgewiesenen Jahr 2016 ist die IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter in Deutschland (Sample M3 und M4) mit enthalten und die starke Zuwanderung von Schutzsuchenden somit abgebildet.

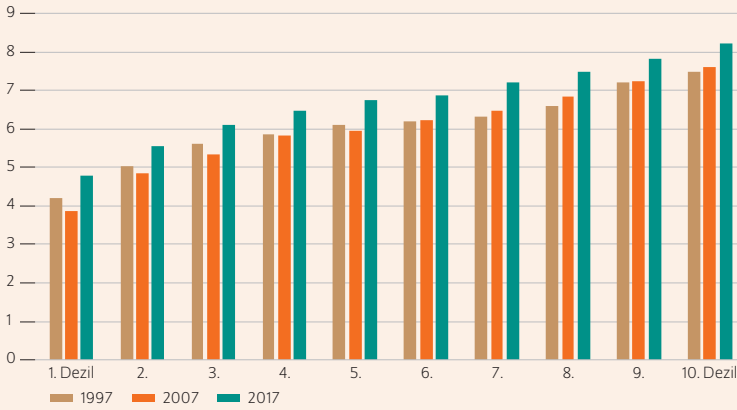
¹⁶ Die Entwicklung der Realeinkommen insbesondere im ersten und zweiten Dezil vor 2011 dürfte im SOEP tendenziell zu positiv sein, da erst ab diesem Zeitpunkt nach einem längeren Zeitraum gezielt Personen mit Migrationshintergrund befragt wurden. Panelstudien wie das SOEP sind mit dem Problem konfrontiert, dass Migration nur in bestehende Haushalte abgebildet werden kann, wenn nicht durch gezielte Zusatzstichproben neue Migranten befragt werden. Vor dem Hintergrund unterdurchschnittlicher, teilweise sogar negativer, Zuwanderung wurde in den 2000er Jahre im SOEP keine Migrantenstichproben gezogen. Das erfolgte erst wieder ab dem Jahr 2013.

¹⁷ Ähnliche Steigerungen der Zufriedenheit konnten auch hinsichtlich der Lebenszufriedenheit beobachtet werden. Siehe: Markus M. Grabka Jürgen Schupp: Geht's uns wirklich so gut? Lebensqualität ist mehr als nur subjektive oder objektive Lebenslage. (online verfügbar) *Wirtschaftsdienst*, Jg. 97/2007, Heft 6, S. 448-450.

¹⁸ Die positivere Sicht auf die finanzielle und wirtschaftliche Situation des eigenen Haushalts ist aber auch eingebettet in eine optimistischere Sicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage. Denn der Anteil derjenigen, die sich keine Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland machen, erreicht im Jahr 2017 mit 27,3 Prozent wiederum einen der höchsten Werte seit 1992.

Abbildung 3

Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen
Mittelwerte



Anmerkungen: Population: Personen in Privathaushalten; die Zufriedenheit wird auf einer Skala von „0“ ganz und gar unzufrieden bis „10“ ganz und gar zufrieden erfragt.

Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die Zufriedenheit mit dem Haushaltsnettoeinkommen ist über alle Einkommensgruppen hinweg gestiegen.

mit dem Haushaltseinkommen gibt eine knappe Mehrheit der Erwerbstätigen (55 Prozent) an, dass sie ihren Verdienst als zu niedrig ansehen. Knapp die Hälfte (43 Prozent) ist aber auch der Meinung, dass ihr Nettoverdienst, so wie er ist, gerecht sei. Nur eine Minderheit von zwei Prozent äußert sich dahingehend, dass sie ihren Verdienst als ungerechterweise zu hoch betrachten. Bemerkenswert ist dabei, dass das Ausmaß der empfundenen Entlohnungsungerechtigkeit deutlich weniger über die einzelnen Einkommensdezile variiert, wie dies bei der Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen der Fall ist (Abbildung 5). Erwerbstätige in Haushalten der Dezile 1 bis 6 zeigen ein ähnliches Niveau an empfundener Einkommensungerechtigkeit. Eine geringere Einkommensungerechtigkeit ist erst ab dem siebten bis zehnten Dezil zu beobachten. Trotz höherer Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen wird beim individuellen Nettoverdienst eine Gerechtigkeitslücke festgestellt. Möglicherweise ist dies ein Hinweis darauf, dass die unterschiedlichen Zuwachsraten in den Einkommen der Haushalte in den einzelnen Dezilen wahrgenommen werden. Insbesondere Erwerbstätige in den unteren 60 Prozent der Haushalte erwarten wohl eine höhere Beteiligung an den Einkommenszuwächsen.

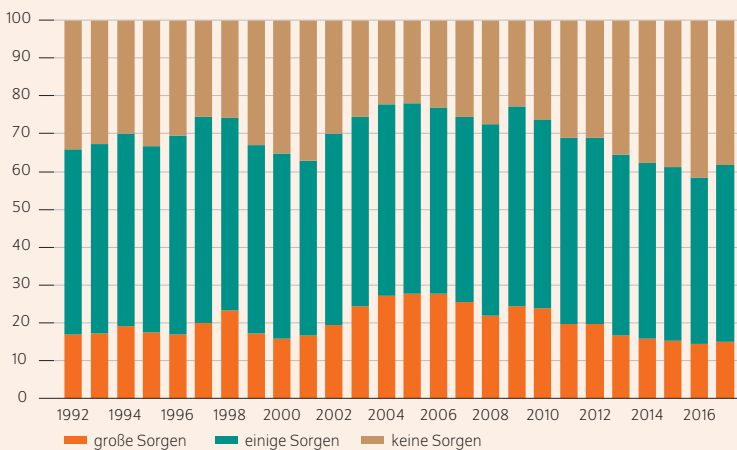
Deutschland verfehlt UN-Ziele zur Reduktion von Einkommensungleichheit

Im Rahmen der Debatte, wie sich gesellschaftlicher Fortschritt alternativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) messen lässt, haben die Vereinten Nationen (UN) einen Katalog mit 17 Nachhaltigkeitszielen verabschiedet.¹⁹ Eines der vereinbarten Ziele ist, den Grad der Einkommensungleichheit innerhalb der einzelnen (entwickelten) Staaten bis zum Jahr 2030 zu senken. Als Ziel für das Jahr 2030 wurde festgelegt, dass der Einkommenszuwachs der ärmsten 40 Prozent einer Bevölkerung höher sein soll als das durchschnittliche Einkommensplus der Gesamtbevölkerung. Diese Spezifikation ist wichtig, weil aus der bloßen Reduktion des Grades an Ungleichheit nicht notwendigerweise auf eine Verbesserung der Wohlfahrt einer Gesellschaft geschlossen werden kann.²⁰

Betrachtet man für Deutschland den Zeitraum von 2010 bis 2016, dann wurde dieses Ziel wiederholt verfehlt. Bis auf 2010 blieb der Einkommenszuwachs (gegenüber dem jeweiligen Vorjahr) der 40 Prozent mit den geringsten Einkommen hinter dem durchschnittlichen Einkommensanstieg der Bevölkerung zurück oder fiel wie in 2014 gleich hoch aus (Abbildung 6).

Abbildung 4

Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung
Anteile in Prozent



Anmerkungen: Population: Personen in Privathaushalten.

Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

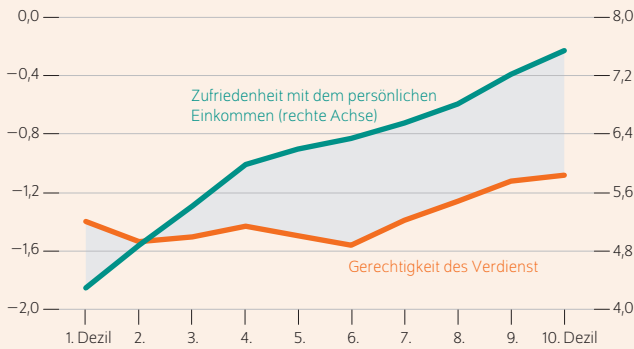
Die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung sind seit 2005 rückläufig.

¹⁹ Siehe United Nations Sustainable Development Goals Knowledge Platform (online verfügbar).

²⁰ Gemäß dem Verständnis eines nachhaltigen Wachstums von Einkommen einer Gesellschaft müssen hiervon überdurchschnittlich die unteren Einkommensgruppen profitieren.

Abbildung 5

Bewertung der Gerechtigkeit des eigenen Nettoverdienstes und der Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens
Mittelwerte



Anmerkungen: Population: Personen mit Erwerbseinkommen; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Die Zufriedenheit wird auf einer Skala von „0“ ganz und gar unzufrieden bis „10“ ganz und gar zufrieden erfragt. Die Gerechtigkeit des Verdienstes wird auf einer Skala von „-5“ ungerechterweise zu niedrig, über „0“ gerecht bis hin zu „+5“ ungerechterweise zu hoch erhoben.

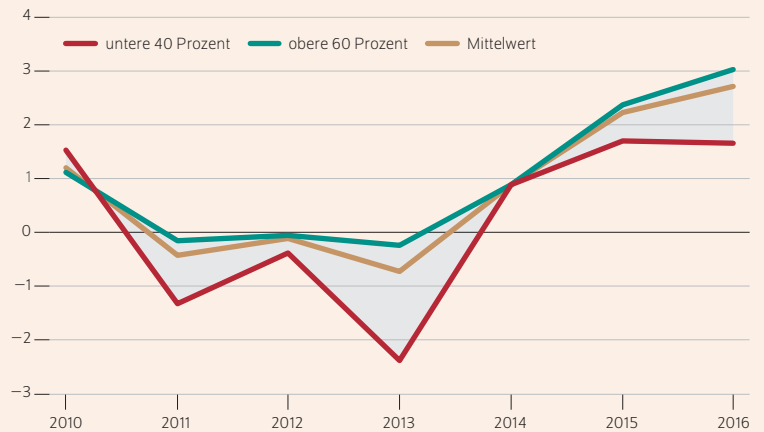
Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

In der unteren Hälfte der Einkommensverteilung wird der eigene Netto-lohn als ungerechtfertigterweise zu niedrig angesehen.

Abbildung 6

Veränderung der verfügbaren Haushaltseinkommen gegenüber dem Vorjahr – ausgewählte Gruppen
In Prozent



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen von 2010. Population: Personen in Privathaushalten, bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die unteren 40 Prozent der Einkommensbezieher haben seit 2011 geringere Einkommenszuwächse als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Seit der Finanzkrise steigt die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen wieder an

Ein etablierter Indikator zur Messung von Einkommensungleichheit ist der Gini-Koeffizient.²¹ Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je höher der Wert, desto stärker ausgeprägt ist die gemessene Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen hat sich zwischen 1991 und 1999 kaum verändert, stieg dann von 0,25 im Jahr 1999 auf 0,29 im Jahr 2005 (Abbildung 7). Im Anschluss ist ein leichter Rückgang auf 0,28 im Jahr 2009 festzustellen. Seitdem – also nach dem Ende der Finanzkrise – zeigt der Gini-Koeffizient wieder eine aufwärtsgerichtete Tendenz. Vergleicht man das Jahr 2016 mit dem Jahr 2010, so ist der neuerliche Anstieg des Gini-Koeffizienten statistisch signifikant.

Da der Gini-Koeffizient eher auf Veränderungen in der Mitte einer Verteilung reagiert, wird hier als zusätzlicher Indikator das 90:10 Perzentilverhältnis verwendet, das auf die Ränder einer Verteilung fokussiert: Es setzt die Person mit dem geringsten Einkommen aus dem obersten (zehnten) Dezil ins Verhältnis zur Person mit dem höchsten Einkommen aus dem untersten (ersten) Dezil. Dieser Indikator bestätigt die Befunde zum Gini-Koeffizienten. So zeigt sich seit 2010 ein erneuter signifikanter Anstieg der Einkommensungleichheit in Deutschland, der für das Jahr 2016 seinen bisherigen Höchststand seit der Wiedervereinigung erreicht.²² Das verfügbare Haushaltseinkommen der Person auf der

21 Siehe Definition des Begriffs Gini-Koeffizient im DIW Glossar (online verfügbar).

22 Einen vergleichbaren Befund findet man auch bei der Verwendung der Mean-Log-Deviation (MLD).

Untergrenze des zehnten Dezils im Jahr 2016 ist demnach 3,7-Mal höher als bei der Person auf der Obergrenze des ersten Dezils. In den 1990er Jahren lag dieses Verhältnis noch bei einem Wert von drei.

Niedrigeinkommensquote stabilisiert sich auf hohem Niveau

Der Anteil von Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Medianhaushaltsnettoeinkommens beträgt, wird häufig als relative (Einkommens-)Armutrisikoquote oder wie hier im Folgenden als Niedrigeinkommensquote bezeichnet.²³

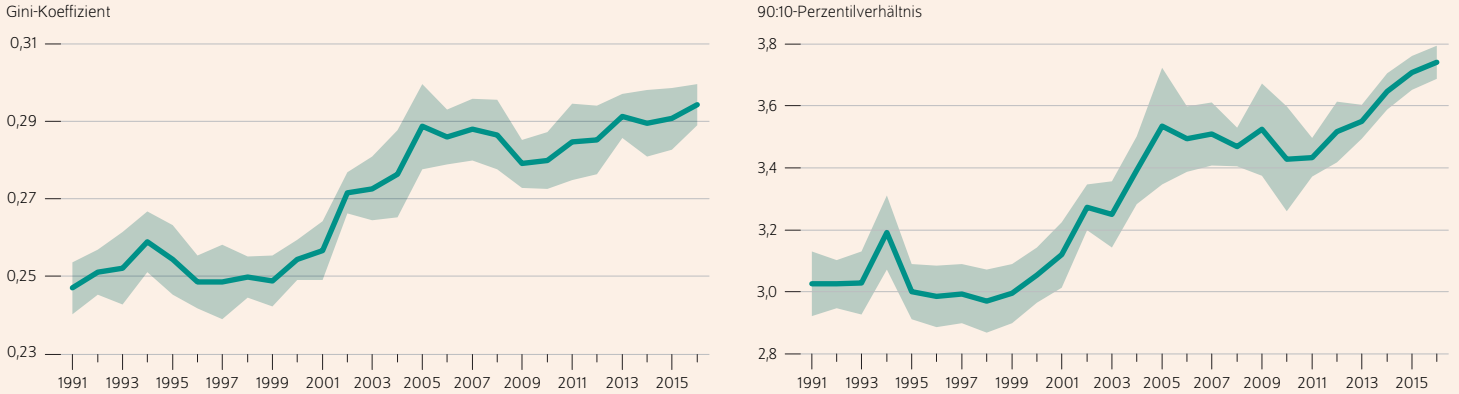
Auf Basis der SOEP-Stichprobe lag die Niedrigeinkommensschwelle im Jahr 2016 für einen Einpersonenhaushalt bei etwa 1120 Euro pro Monat.²⁴ In Deutschland lag

23 Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Armut“ findet sich bei Karl Brenke, der statt der Bezeichnung „Armutrisikoquote“ den Begriff „Einkommensschwache“ präferiert. Alternativ wird hier in Anlehnung an den aus der Arbeitsmarktforschung etablierten Begriff „Niedriglohnbeschäftigte“ die Bezeichnung „Niedrigeinkommensbezieher“ bzw. „Niedrigeinkommensquote“ gewählt, vgl. Karl Brenke (2018): Armut: vom Elend eines Begriffs. Wirtschaftsdienst, 4, 260–266. Die Verwendung des Begriffs Niedrigeinkommensquote statt des bisher etablierten Begriffs Armutrisikoquote wird zudem präferiert, da die Einteilung in Armut bedrohte Personen oder nicht ausschließlich über das verfügbare Einkommen vorgenommen wird und somit eine Berücksichtigung von privaten Vermögen außen vor bleibt. Dabei kann eine Person zwar einerseits über geringe Einkommen verfügen aber gleichzeitig hohes privates Vermögen besitzen.

24 Im Vergleich zur Sozialberichterstattung des Statistischen Bundesamts auf Basis des Mikrozensus (siehe Statistische Ämter des Bundes und der Länder (online verfügbar)) wird hier ein höherer Schwellenwert ausgewiesen, da wie international üblich auch der Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums zur Einkommensmessung bei der Einkommensberechnung berücksichtigt wird. Vgl. zu weiteren methodischen Unterschieden zur amtlichen Sozialberichterstattung Markus M. Grabka, Jan Goebel und Jürgen Schupp (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? Wochenbericht des DIW, Nr. 43/2012, S. 3–15 (online verfügbar).

Abbildung 7

Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen
Gini-Koeffizient und 90:10-Perzentilverhältnis



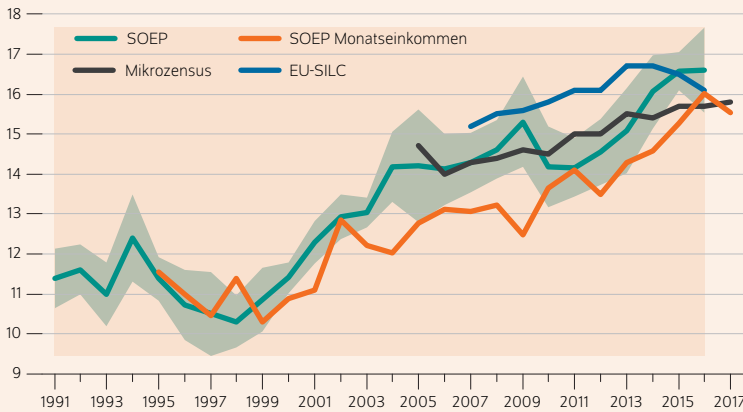
Anmerkungen: Hellgrün eingefärbte Fläche: 95-Prozent-Konfidenzintervall. Population: Personen in Privathaushalten, bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.
Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen hat seit 2010 wieder signifikant zugenommen.

Abbildung 8

Niedrigeinkommensquote¹
Anteil in Prozent



1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Haushaltseinkommen.

Anmerkungen: Population: Personen in Privathaushalten, SOEP, bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Schattierte Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quellen: SOEPv34; Angaben des Mikrozensus: Statistisches Bundesamt (2018): Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik; Angaben des EU-SILC: Statistisches Bundesamt 2018; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Der Anteil der Niedrigeinkommensbezieher stabilisiert sich auf einem historisch hohen Niveau.

die Niedrigeinkommensquote in den 1990er Jahren noch bei rund elf Prozent. Bis zum Jahr 2016 ist dieser Wert auf 16,6 Prozent gestiegen (Abbildung 8). Jüngste Ergebnisse, die auf dem Mikrozensus oder Daten von European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) des Statistischen Bundesamtes basieren, weisen ebenfalls eine Quote von rund 16 Prozent aus.²⁵

Das SOEP stellt auch einen alternativen Indikator zur Messung der Armutsrisikoquote zur Verfügung. Hierbei handelt es sich um das im Befragungsmonat erhobene aktuelle Haushaltsnettoeinkommen. Dieses Einkommenskonzept ist mit dem des Mikrozensus nahezu identisch. Da unterjährig selten bezogene Einkommenskomponenten dabei eher unterschätzt und der Mietwert selbst genutzten Wohneigentums nicht berücksichtigt wird, fällt die Armutsrisikoschwelle beim monatlichen Einkommen des SOEP und des Mikrozensus geringer aus als bei den Jahreseinkommen. Mit den aktuellen Monatseinkommen des SOEP wird eine Armutsrisikoquote von 15,5 Prozent im Jahr 2017 berichtet. Im langjährigen Vergleich zeigen beide Einkommenskonzepte einen gleichen Verlauf und ein höheres Armutsrisiko als vor der Jahrtausendwende als auch im Vergleich zum Jahr 2005 an.²⁶

²⁵ Siehe Statistische Ämter des Bundes und der Länder (online verfügbar).

²⁶ Die Armutsrisikoquote kann als alternativer Indikator zur Messung von Einkommensungleichheit angesehen werden. Vergleicht man diese Quote für die Jahre 2005 und 2016, so zeigt sich auf Grundlage der monatlichen Haushaltseinkommen ein signifikanter Anstieg. Bei den Jahreseinkommen ist dieser Unterschied nur bei Verwendung eines 90-Prozent Konfidenzintervalls signifikant.

Niedrigeinkommensquote bei jungen Erwachsenen stark gestiegen

Den höchsten Anteil von Niedrigeinkommensbeziehern mit 28 Prozent im Jahr 2016 findet sich bei jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren (Abbildung 9). Gegenüber dem Jahr 1996 ist diese Quote um zwölf Prozentpunkte gestiegen. Die zentrale Erklärung für die hohe Quote besteht darin, dass diese Bevölkerungsgruppe sich verstärkt in einer beruflichen Ausbildung oder im Studium befindet und damit keiner Vollzeitbeschäftigung nachgehen kann. Diese Bevölkerungsgruppen können somit auch mit Einkommenszuwachsen nach Beendigung ihrer Ausbildungszeiten rechnen.

Einen vergleichbar starken Zuwachs in der Niedrigeinkommensquote verzeichnet die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen auf knapp 23 Prozent im Jahr 2016. Allein zwischen 2006 und 2016 ist hier die Niedrigeinkommensquote um weitere 4,5 Prozentpunkte gestiegen. Zwar ist in diesem Lebensabschnitt die Ausbildungsphase weitgehend abgeschlossen und der Eintritt in das Berufsleben (und hierbei häufig in Vollzeit) hat bereits stattgefunden. Dafür wird aber in diesem Alter oft eine Familie gegründet, was mit Erwerbsunterbrechungen verbunden ist. Entsprechend finden sich bei Kindern und Jugendlichen vergleichbar hohe Armutsrisikoquoten. Daneben spielt die Ausweitung des Niedriglohnsektors in Deutschland eine relevante Rolle, da im Jahre 2017 bei neun Millionen abhängigen Beschäftigungsverhältnissen nur ein Niedriglohn bezahlt wurde. Hiervon sind auch viele Beschäftigte in dieser Altersgruppe betroffen.²⁷

Die Niedrigeinkommensquote von Personen ab 35 Jahren ist nach wie vor unterdurchschnittlich, überdurchschnittlich sind jedoch die Zuwachsraten in der Altersgruppe der 35–44-Jährigen. Nur bei der Altersgruppe ab 75 Jahren ist die Niedrigeinkommensquote gesunken. Hierzu trägt bei, dass ältere Menschen zunehmend weiterhin mit einem Partner in einem Haushalt zusammenleben und damit Einkommensvorteile gegenüber Alleinstehenden erzielen können.

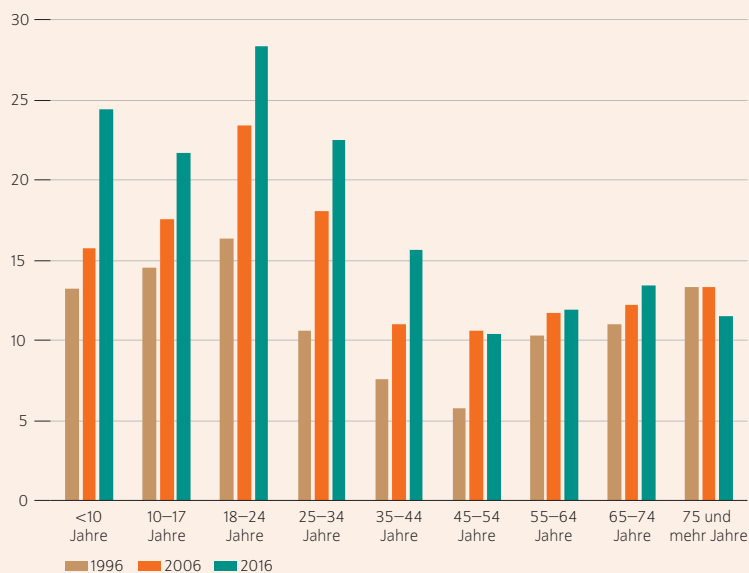
Niedrigeinkommensquote bei Haushalten mit nur einem Erwerbstätigen stark gestiegen

Erwerbstätigkeit gilt allgemein hin als der beste Schutz gegen Armut. Vor dem Hintergrund des deutlich angewachsenen Niedriglohnsektors und der unverändert hohen Zahl von rund sieben Millionen Minijobs in Deutschland stellt sich die Frage, ob dies noch zutrifft. Im Folgenden werden nur Haushalte mit mindestens einer Person im erwerbsfähigen Alter betrachtet und nach der Zahl der Erwerbspersonen differenziert.²⁸ Zudem wird unterschieden in Mehrpersonen- und Einpersonenhaushalte.

Abbildung 9

Niedrigeinkommensquote¹ nach Altersgruppen

Anteil in Prozent



1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen.

Anmerkungen: Population: Personen in Privathaushalten, bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Erwachsene im Alter von 25 bis 34 Jahren verzeichnen einen überdurchschnittlichen Anstieg des Armutsrisikos.

Erwartungsgemäß ist die Armutsrisikoquote bei den Haushalten ohne Erwerbstätige mit zuletzt 68 Prozent im Jahr 2016 am höchsten (Abbildung 10). Dieser Wert hat sich zudem seit Ende der 1990er Jahre von etwa 30 Prozent verdoppelt. Hierzu dürfte unter anderem die Einführung von *Arbeitslosengeld II* beigetragen haben, die zu einem Einkommensverlust vieler betroffener Haushalte geführt hat.²⁹

Ist mindestens eine Person in einem Mehrpersonenhaushalt erwerbstätig, egal ob in Voll- oder Teilzeit oder als Minijobber, so reduziert sich das Armutsrisiko um die Hälfte auf 30 Prozent in 2016. Mitte der 1990er Jahre lag die Niedrigeinkommensquote bei diesen Haushalten nur bei rund 15 Prozent und damit nur halb so hoch. Auch bei den Einpersonenhaushalten ist der Trend vergleichbar, da hier die entsprechende Quote Mitte der 1990er Jahre bei etwa elf Prozent lag und sich bis 2016 auf etwa 23 Prozent verdoppelt hat. Sind zwei oder mehr Personen erwerbstätig, so fällt das Armutsrisiko noch einmal deutlich auf nur noch etwa sechs Prozent. Im langjährigen Trend hat sich bei diesen Haushalten die Niedrigeinkommensquote kaum verändert.

²⁷ Vgl. Markus M. Grabka und Carsten Schröder (2019): Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen. DIW Wochenbericht Nr. 14, 249–257 (online verfügbar).

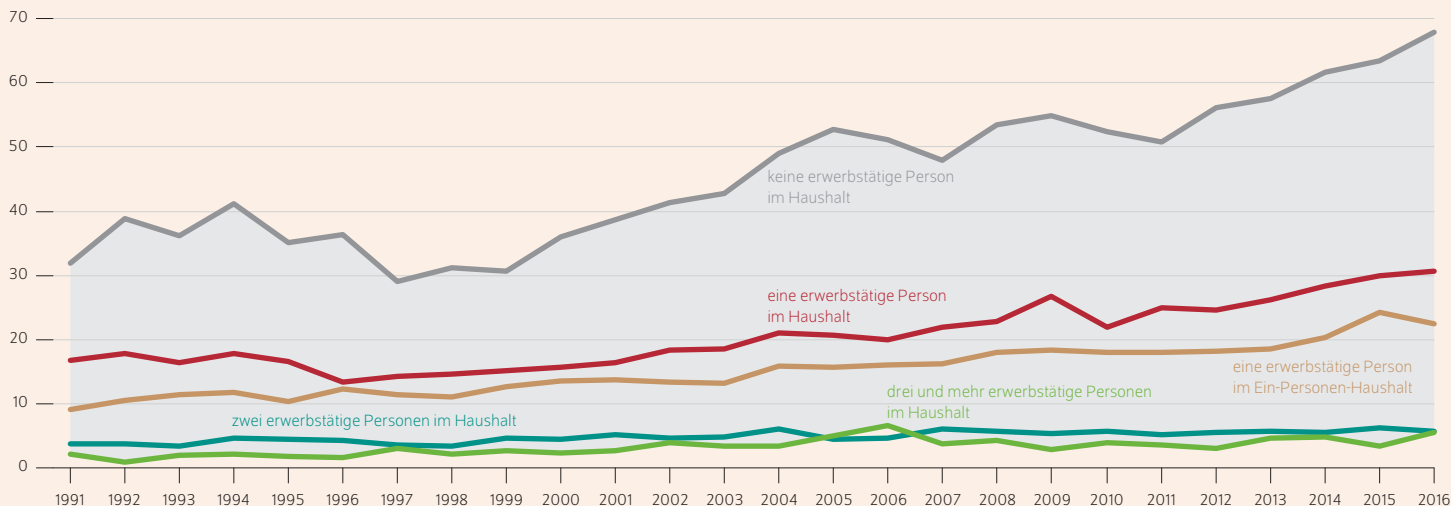
²⁸ Als erwerbstätig gilt hier jede Person, die im Vorjahr mindestens einen Euro Erwerbseinkommen bezogen hat.

²⁹ Vgl. Jan Goebel und Maria Richter (2007): Nach der Einführung von Arbeitslosengeld II: deutlich mehr Verlierer als Gewinner unter den Hilfeempfängern, DIW Wochenbericht Nr. 50, 753–761 (online verfügbar) sowie Jürgen Schupp: Hartz IV – weder Rolltreppe aus der Armut noch Fahrstuhl in die Armut, (online verfügbar) Wirtschaftsdienst, Jg. 99/2019, Heft 4, S. 247–251.

Abbildung 10

Niedrigeinkommensquote¹ nach Zahl der Erwerbspersonen im Haushalt – nur Mehrpersonen-Haushalte

Nur Personen in Haushalten mit Personen im erwerbsfähigen Alter 20 bis unter 65 Jahren. Anteil in Prozent



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen.

Anmerkungen: Population: Personen in Privathaushalten mit Personen im erwerbsfähigen Alter, bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

In Mehrpersonenhaushalten mit zwei oder drei Erwerbstätigen ist das Armutsrisiko unverändert niedrig.

Dies bedeutet, dass eine Erwerbstätigkeit allein keinen ausreichenden Schutz vor Armut mehr bietet. Dies erklärt sich auch daraus, dass in 2017 mehr als sieben Millionen Beschäftigte einen Minijob ausüben.³⁰

In städtischen Regionen hat das Armutsrisiko deutlich zugenommen

In Anbetracht der in vielen Regionen Deutschlands berichteten starken Mietpreissteigerungen wird hier auch die Armutsrisikoquote nach der Gemeindegröße präsentiert (Abbildung 11).³¹ Diese ist in sieben Gruppen erfasst – von Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern bis hin zu Großstädten mit 500 000 und mehr Einwohnern.

1996 variierte der Anteil der Niedrigeinkommensbezieher nach Gemeindegröße nur wenig und schwankte zwischen rund neun und 13 Prozent. Bis zum Jahr 2016 ist in allen Regionen ein Anstieg des Armutsrisikos zu beobachten, der aber unterschiedlich stark ausfällt. Während in Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern das Armutsrisiko sich nur um zwei bis drei Prozentpunkte veränderte, gibt es in Großstädten mit über 500 000 Einwohnern eine starke

Zunahme von sieben bis zehn Prozentpunkten, was auch der Zuwanderung in diese Städte geschuldet sein dürfte. Die Ergebnisse sind zudem als besorgniserregend zu bewerten, da die Berechnung der Niedrigeinkommensquote vor Wohnkosten vorgenommen wird und damit die steigende Wohnkostenbelastung insbesondere in den Ballungsräumen nicht berücksichtigt ist.³² Anders ausgedrückt: Es gibt in den städtischen Regionen immer mehr Menschen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, die sich aber mit einem Mietmarkt konfrontiert sehen, in dem bezahlbarer Wohnraum ein immer knapperes Gut wird.

Schlussfolgerung: Nötig sind höhere Lohnabschlüsse, Zurückdrängen von Minijobs und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Deutschland erlebt seit der Finanzmarktkrise einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich in steigenden Realeinkommen für weite Teile der Bevölkerung niederschlägt und auch zu einer Zunahme der subjektiven Einkommenszufriedenheit und insgesamt positiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage führt. Diese Einkommenszuwächse fallen aber je nach Einkommensposition unterschiedlich aus.

³⁰ Vgl. Kerstin Bruckmeier, et al. (2019): Geringfügige Beschäftigung aus der Perspektive von Beschäftigten und Betrieben sowie Verteilungs- und Arbeitsmarktwirkungen einer Ausweitung. IAB Stellungnahme Nr. 16/2018 (online verfügbar).

³¹ Die Armutsrisikoquote wird auf Basis des gesamtdeutschen Medianeinkommens gebildet.

³² Vgl. zur gestiegenen Wohnkostenbelastung Christian Dustmann, Bernd Fitzenberger und Markus Zimmermann (2018): Housing Expenditures and Income Inequality CREAM Discussion Paper Series 1816, Centre for Research and Analysis of Migration (CREAM), Department of Economics, University College London.

Die unterschiedlichen Einkommenszuwächse führen dazu, dass seit 2010 die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen wieder signifikant zunimmt. Hierzu trägt auch bei, dass es aufgrund der Zuwanderung mehr einkommensschwache Personen gibt. Als besorgniserregend ist zu bewerten, dass der Anteil der Niedrigeinkommensbezieher unverändert bei seinem Höchststand von mehr als 16 Prozent verharret. Darunter finden sich neben Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch zunehmend Personen im Alter von 25 bis 34 Jahren, also Menschen, die bereits mitten im Erwerbsleben stehen. Die vorliegenden Analysen zeigen, dass eine Erwerbstätigkeit allein kein ausreichender Schutz mehr vor Einkommensarmut sein muss. Zudem weisen sie auf ein deutlich steigendes Armutsrisiko in städtischen Regionen hin, was vor der dem Hintergrund einer rasanten Mietentwicklung als große Herausforderung – insbesondere für Personen bis 34 Jahren – anzusehen ist. Denn durch den deutlichen Rückgang der Zahl der Sozialbauwohnungen fehlt es in Deutschland in einzelnen Regionen immer mehr an bezahlbarem Wohnraum.³³ Neben Maßnahmen zur Reduktion von Einkommensungleichheit wie höheren Lohnabschlüssen, Verallgemeinerbarkeitserklärungen von Tarifverträgen, Absenken der Minijobswelle, um Anreize für eine Umwandlung in Teilzeit- bzw. Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse zu setzen,³⁴ sollte die Politik flankierend auch wieder stärker auf den Bau von bezahlbarem Wohnraum fokussieren, um Armut bei einkommensschwachen Personen zu vermeiden.

³³ So ist die Zahl der Person, die in Sozialwohnungen leben, in den letzten 15 Jahren von 3,5 Millionen in 1995 auf 1,3 Millionen in 2011 gesunken. Vgl. Gerlinde Verbist und Markus M. Grabka (2017): Distributive and poverty-reducing effects of in-kind housing benefits in Europe: with a case study for Germany. *Journal of Housing and the Built Environment*, 32(2), 289–312; Andrej Holm et al. (2018): Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Die soziale Versorgungslücke nach Einkommen und Wohnungsgröße. Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung, Nr. 63, April 2018.

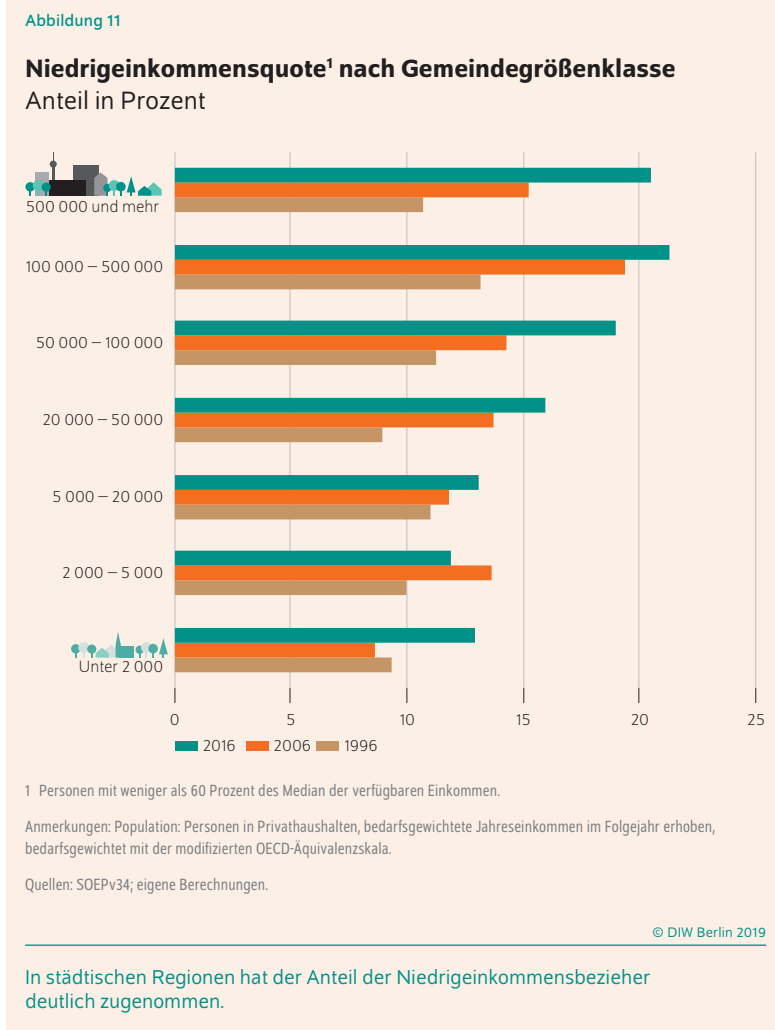
³⁴ Vgl. Grabka und Schröder (2019), a. a. O.

Markus M. Grabka ist Senior Researcher der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mgrabka@diw.de

Jan Goebel ist Mitglied des Direktoriums der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | jgoebel@diw.de

JEL: D31, I31, I32

Keywords: Income inequality, at-risk of poverty, SOEP



Stefan Liebig ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | sliebig@diw.de

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 7. Mai 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;
Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;
Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Felix Weinhardt, Ph.D. (erster Bericht); Prof. Dr. Jan Marcus (zweiter Bericht)

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Bastian Tittor; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter